



Angela Fensch, 36, Ost-Berliner Photographin, hatte Mühe, den Standards kapitalistischen Photo-Journalismus' gerecht zu werden. Die Tochter des stellvertretenden Leiters der Abteilung Agitation im Zentralkomitee der SED, Eberhard Fensch, hatte bereits im vorigen Jahr vom Männermagazin „Playboy“ den Auftrag zu einem Photobericht erhalten mit dem Arbeitstitel: „Die Mädchen vom Friedrichstadtpalast“. Die ersten Fensch-Bilder von den Ost-Berliner Tänzerinnen mißfielen der „Playboy“-Chefredaktion: „Zu strenger Ausdruck . . . Die Mädchen müssen einfach mehr zeigen . . . Wir sind keine Schülerzeitung.“ Versehen mit weiteren Regieanweisungen („ . . . mehr glamourartige Atmosphäre . . . vor wechselnden Bühnenhintergründen . . .“), gelang Frau Fensch der zweite Blow-up. Nun sind die Tänzerinnen (Photos) in dem Magazin „in offizieller – und in noch etwas freierer Pose“ abgedruckt.



SPD, ob in forstamtlich zum Kennzeichnen von Bäumen benutzten Sprays, die nach ihren Worten „mit umweltfreundlichem Treibgas“ abgefüllt würden, auch wirklich „kein FCKW“ enthalten sei, antwortete die Bäuerin dem Landtag: „Das kann ich nicht sagen“, aber es sei „die Überlegung, dabei solches Treibgas zu verwenden“. Daß der Ministerin, die sich bei kniffligen Fragen meist Spickzettel reichen läßt, der Ozonkiller Fluorchlorkohlenwasserstoff offensichtlich ein fremder Begriff ist, quittierten Sozialdemokraten laut Protokoll erst mit „Unruhe“, dann mit „Lachen“. Jetzt wollen sie der Christdemokratin ein „Einmaleins der Chemie“ schenken.

Ursula Lehr, 59, Familienministerin, ließ sich in Mexiko für das geplante Beratungsgesetz zum Paragraphen 218 neu motivieren. Beim Besuch einer zentralen Entbindungsstation in Mexiko-Stadt staunte die Altersforscherin beim Anblick Hunderter von Säuglingen und schwärmte in Anwesenheit des deutschen Botschafters Hans Werner Graf Finck von Finckenstein: „Lauter Kinder, nichts als Kinder, und manche Mutter bekommt schon ihr 20.“ Zurück am Rhein, entschied die CDU-Politikerin, die ins Stocken geratene koalitionsinterne Behandlung des Beratungsgesetzes wieder zu forcieren: „Dieses

Kurt Waldheim (Photo, r.), 70, einst Uno-Generalsekretär, jetzt österreichischer Bundespräsident, ließ sich zur Mitte seiner sechsjährigen Amtszeit von der Tiroler Gemeinde Wattens und dem Trachtenschneider **Max Kilian** (Photo) eine komplette Tiroler Tracht mit Lederhose, weißen Stutzen, Schuhen, Leinenhemd, Mascherl und Janker spendieren. Auf den Geschmack gekommen war der in der Welt weithin

geächtete Präsident auf dem „Tiroler Ball“ im Februar dieses Jahres. Die dort gezeigten Kleidungsstücke fand Waldheim „einfach super“, was die braven Wattenser zu ihrer Kleidergabe animierte. Bei den Anproben beteuerte der Politiker: „Ich möcht' aber bezahlen.“ Schneider Kilian wehrte ab. Doch der Bundespräsident ließ sich nicht lumpen. „Mir hot er an goldenen Kugelschreiber als Anerkennung gschenkt“, berichtet Kilian, „auf dem ist eingraviert: Generalsekretär Kurt Waldheim.“

Wolfgang Kartte, 62, Präsident des Bundeskartellamtes, will die britische Premierministerin Margaret Thatcher geehrt sehen. In einem Brief an Karl Hohmann, den Vorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung, schlug der oberste Hüter des Wettbewerbs die „Eiserne Lady“ für den Ludwig-Erhard-Preis vor. „Zu Unrecht“ werde die Dame „als schlechte Europäerin in die Ecke gestellt“. Sie verdiene vielmehr Anerkennung, weil sie sich gegen jene Politiker – etwa EG-Kommissionspräsident Jacques Delors und Bundeskanzler Helmut Kohl – zur Wehr setze, „die Europa mit der Brechstange errichten wollen“.

Irmgard Reichhardt, 53, hessische Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, stolperte über ein gängiges Kürzel. Auf die Frage der

ZITATE

„Bis heute ist nirgendwo wissenschaftlich nachgewiesen, daß das, was Bauern tun, den Verbraucher schädigt oder, grob gesagt, umbringt.“

Constantin Freiherr von Heereman, *Präsident des Deutschen Bauernverbandes.*

★

„Die Sprache braucht nicht immer Worte.“

François Mitterrand, *französischer Staatspräsident, auf die Frage, wie er sich zeitweilig ohne Dolmetscher mit Gorbatschow verständigt habe.*

★

„Zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen ist der Bundesregierung bisher konkret nur eingefallen, einen Zwangsumtausch von 50 DM für Besucher aus Polen einzuführen.“

Egon Bahr, *Bundestagsabgeordneter (SPD).*

